

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/001(VII)/19			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 23.08.2019	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:20Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Wahl des/der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
- 4 Genehmigung der Niederschrift vom 07. 06. 2019 - öffentlicher Teil
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Beschlussvorlagen
- 6.1 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg
BE: Bürgermeister DS0364/19

7	Anträge	
7.1	Anpassung Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen Fraktion CDU/FDP	A0005/19
7.1.1	Anpassung Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0065/19
7.2	ÖPNV-Routenauskünfte kundennah Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - future!	A0086/19
7.2.1	ÖPNV-Routenauskünfte kundennah BE: Bürgermeister	S0268/19
7.3	Sitzbereitschaft für die MVB Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - future!	A0088/19
7.3.1	Sitzbereitschaft für die MVB BE: Bürgermeister	S0256/19
7.4	Ausrufung des Klimanotstandes Fraktion DIE LINKE	A0109/19
7.4.1	Ausrufung des Klimanotstandes Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - future!	A0109/19/1
7.4.2	Ausrufung des Klimanotstandes BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0248/19
7.4.3	Ausrufung des Klimanotstandes Ausschuss StBV	A0109/19/2
7.5	Seniorenbeirat – Rederecht in Ausschüssen und im Stadtrat Interfraktionell	A0131/19
7.5.1	Seniorenbeirat – Rederecht in Ausschüssen und im Stadtrat BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0259/19
8	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Dr. Lydia Hüskens

Hagen Kohl

Madeleine Linke

Olaf Meister

Oliver Müller

Jens Rösler

Jenny Schulz

Wigbert Schwenke

Roland Zander

Christian Hausmann

Andreas Schumann

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

i.V.f. SR Dr. Grube

i.V.f. SR Schuster

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Ronny Kumpf

Frank Schuster

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Wahl des/der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass im Vorfeld der Ausschusssitzung für die Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden seitens der Fraktion CDU/FDP Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, vorgeschlagen wurde. Seitens der AfD-Fraktion erfolgte der Vorschlag Stadtrat Ronny Kumpf, AfD-Fraktion.

Auf Hinweis des Oberbürgermeisters, dass die Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses gem. § 56 Abs. 3 KVG LSA offen durchgeführt werden kann, stimmen die Mitglieder des Ausschusses einer offenen Wahl zu.

Beschluss-Nr. VW 001-01(VII)19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses wählen mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, ohne Enthaltung Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt den Hinweis, dass sich mit diesem Wahlergebnis eine Abstimmung zum Vorschlag der AfD-Fraktion erledigt hat.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, erklärt, die Wahl anzunehmen und bedankt sich bei den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 07. 06. 2019 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 07. 06. 2019 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

6. Beschlussvorlagen

6.1. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg Vorlage: DS0364/19

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Seitens der Mitglieder des Verwaltungsausschusses besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0364/19 in seiner Sitzung am 19. 09. 2019 zu beschließen.

7. Anträge

7.1. Anpassung Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen Vorlage: A0005/19

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, verweist auf die in den Fachausschüssen bereits umfangreich geführten Diskussionen. Eingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung bezeichnet er den Verweis auf das Straßengesetz LSA als nachvollziehbar, sieht es jedoch als wünschenswert an, wenn den Händlern mehr Gelegenheit gegeben würde, sich zu repräsentieren. Er regt an, hierzu ggf. nochmals Überlegungen anzustellen.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass seitens der Stadt für die Händler schon eine Menge Maßnahmen unternommen wurden. Die Regelungen der Sondernutzungssatzung sieht er als angemessen an.

Insbesondere stellt er klar, dass die beantragten Satzungsanpassungen nicht rechtskonform seien.

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann macht auf die Problemstellung aufmerksam, dass der nutzbare Raum begrenzt sei. Mit einer Änderung der Breite für eine von Händlern zu nutzende Fläche werde es zu Schwierigkeiten bei der Nutzung durch Fahrradfahrer oder Kinderwagen kommen. Um regulierend in entsprechende Vorgänge eingreifen zu können, ist eine Erlaubnispflicht unerlässlich.

Hinweis: Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, trifft zur Sitzung ein.

Stadträtin Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/future!, geht auf die beantragte Regelung hinsichtlich der Aufstellung von Fahrradständern ein. Sie merkt an, dass hier einmal eine Erlaubnispflicht besteht, bei mobilen Fahrradständern jedoch nicht.

Hinweis: Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/future!, trifft zur Sitzung ein.

Auf ihre Nachfrage macht Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, erläuternde Ausführungen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0005/19 in seiner Sitzung am 19. 09. 2019 nicht zu beschließen.

7.1.1. Anpassung Satzung über Erlaubnisse für Sondernutzungen Vorlage: S0065/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7.2. ÖPNV-Routenauskünfte kundennah Vorlage: A0086/19

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Stadträtin Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/future!, geht umfassend auf das Anliegen des Antrages ein. Insbesondere bezeichnet sie es als wünschenswert, die Gesellschafter der MVB zu beauftragen, entsprechende Fahrplandaten freizugeben.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann plädiert für eine gemeinsame Lösung, auch innerhalb der Verkehrsverbände. Er merkt an, dass die Nutzung von durch Google zur Verfügung gestellte Daten auch immer mit Profiterzielung zusammenhängt, da hier gleichzeitig Werbung geschaltet wird. D.h. Google verkauft Werbeplätze an Dritte, die daran verdienen würden, wenn Erkundigungen über Daten der MVB eingeholt werden. Er vertritt die Auffassung, dass erforderliche Auskünfte sehr wohl auf Internetseiten der Stadt Magdeburg abrufbar sind bzw. über die Touristinformation eingeholt werden können.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, gibt den Hinweis auf die Verfahrensweise anderer Städte und merkt kritisch an, dass nur in Magdeburg auf Fußwege bzw. Taxinutzung verwiesen wird. Er äußert seine Zweifel, dass durch Besucher der Stadt im Vorfeld Auskünfte über die Internetseiten der Stadt eingeholt werden. Dies erfolge wohl vielmehr über Google. Im Weiteren legt er seine Auffassung dar, dass sich die Verweigerung zur Freigabe der Daten letztendlich als schädlich für die MVB erweisen wird. Eine Beschlussfassung des Antrages und dessen baldige Umsetzung sieht er als im Sinne der MVB an.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/future!, hält es für fraglich, dass die MVB Geld verliert, wenn ihre Angebote nicht bekannt sind. Für ihn sei nicht ersichtlich, wo hier Verluste für die Gesellschaft auftreten sollen, da keine Investitionen erforderlich sind. Er spricht sich für eine Beschlussfassung zum Antrag aus. Über Details der Umsetzung könne noch gesprochen werden.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, legt dar, dass es darum gehe, einen direkten Weg zu finden, welcher der MVB höhere Einnahmen beschert. Eingehend auf die in der Stellungnahme geäußerten rechtlichen Bedenken äußert er, hierzu noch weitere Informationen zu benötigen und erklärt seine Enthaltung bei der Abstimmung zum Antrag.

Ziel sollte sein, bis zur Behandlung des Antrages im Stadtrat mit dem Verkehrsverbund in Dresden Kontakt aufnehmen, Erkundigungen über deren Verfahrensweise einzuholen und diese dem Stadtrat vorzulegen.

Hinweis: Stadträtin Dr. Hüsken, Fraktion CDU/FDP, trifft zur Sitzung ein.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass es sich um ein Thema handelt, welches Gegenstand der Behandlung im Aufsichtsrat der Gesellschaft sein sollte. Ihm erschließe sich nicht, warum dies im Stadtrat behandelt werden soll.

Hierzu legt Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, seine Sicht dar, dass es sich nicht nur um eine Angelegenheit der MVB handelt sondern es auch eine Frage des Stadtmarketings ist. Das Fehlen eines Routenplaners sieht er als hinderlich für das Stadtmarketing an.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, macht darauf aufmerksam, dass im Internet ausreichend Systeme zur Verfügung stehen, über die erforderliche Auskünfte eingeholt werden können.

Stadträtin Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/future!, informiert als Mitglied des Aufsichtsrates, darüber belehrt worden zu sein, kein Recht auf selbsttätige Einbringung bestimmter Anträge zu haben.

Hierzu wird seitens des Bürgermeisters Herrn Zimmermann darauf hingewiesen, dass für Aufsichtsratsmitglieder die Möglichkeit besteht, Anregungen einzubringen, z.B. um bestimmte Untersuchungen durchführen zu lassen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 8 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0086/19 in seiner Sitzung am 19. 09. 2019 zu beschließen.

7.2.1. ÖPNV-Routenauskünfte kundennah Vorlage: S0268/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7.3. Sitzbereitschaft für die MVB Vorlage: A0088/19

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/future!, sieht den Antrag mit dem in der Stellungnahme der Verwaltung dargelegten Prüfergebnis als erledigt an und zieht den Antrag zurück.

7.3.1. Sitzbereitschaft für die MVB Vorlage: S0256/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 7.4. Ausrufung des Klimanotstandes
Vorlage: A0109/19
 - 7.4.1. Ausrufung des Klimanotstandes
Vorlage: A0109/19/1
 - 7.4.2. Ausrufung des Klimanotstandes
Vorlage: A0109/19/2
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Zur Beratung liegen der Änderungsantrag A0109/19/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (VI. WP) sowie der Änderungsantrag A0109/19/2 des Ausschusses StBV vor.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, legt zur Stellungnahme der Verwaltung seine Auffassung dar zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass scheinbar die Zeit noch nicht reif sei, dem Anliegen des Antrages zu entsprechen.

Er erklärt, den Antrag nicht zurückzuziehen und seine Unterstützung zum Antrag im Stadtrat. Eine punktweise Abstimmung sieht er als nicht erforderlich an.

Eingehend auf die in der Stellungnahme der Verwaltung getroffene Aussage, dass in der Stadt Magdeburg kein Klimanotstand gesehen werde, hinterfragt Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz die persönliche Auffassung des Oberbürgermeisters hierzu. Er erklärt, dass von seiner Fraktion kein Notstand gesehen werde, da bereits vielfältige Maßnahmen zum Klimaschutz eingeleitet wurden. Er bringt sein Unverständnis hinsichtlich der Antragstellung zum Ausdruck und erklärt seine Ablehnung.

Der Oberbürgermeister erklärt, Wert darauf zu legen, dass bereits seit 17 Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen zum Klimaschutz eingeleitet und umgesetzt werden. Diese Maßnahmen wurden in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellt. Er sieht den Vorwurf, die Stadt würde nicht tätig sein, damit als haltlos an.

Er schätzt ein, dass auf Grund der weltweit dramatischen Klimasituation, die bisherigen Maßnahmen noch nicht ausreichend genug seien, aber trotzdem nicht von einem Klimanotstand in der Stadt gesprochen werden muss. Als notwendig erachtet er, zu handeln. Hierbei sei wichtig zu klären, was in den nächsten Jahren konkret unternommen werden soll und wie dies umgesetzt werden kann. Aus seiner Sicht ändert die vorliegende Antragsstellung nichts an der bestehenden Situation.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/future! verweist auf die Ernsthaftigkeit der Thematik und legt dar, dass es nicht darum gehe, ob in Magdeburg ein Klimanotstand besteht. Anliegen des Antrages sei das zukünftige Handeln, d.h. der wesentliche Aspekt hierbei ist, bei zukünftigen Beschlüssen darüber nachzudenken, welche klimatischen Auswirkungen diese haben werden.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, sieht Magdeburg in Sachen Klimaschutz als Vorreiter an und verweist dabei auf den Beschluss des Stadtrates zur DS0367/17 – Umsetzung „Masterplan 100 % Klimaschutz“ vom 18. 01. 2018. Als wünschenswert sieht er an, mehr Diskussionsbereitschaft zu zeigen und weniger Ideologie. Den vorliegenden Antrag sieht er als nicht erforderlich an, da bereits in Magdeburg vielfältige Maßnahmen unternommen werden.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, findet den Antrag nicht unnötig. Als nicht gelungen sieht er die Wortwahl Klimanotstand an.

Eingehend auf den Änderungsantrag A0109/19/2 des Ausschusses StBV sieht er es als sinnvoll an, eine derartige Kennzeichnung in Beschlussvorlagen vorzunehmen. Bezug nehmend auf den Änderungsantrag A0109/19/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – future!, sieht er es als gut an, wenn bestimmte Zeitpunkte für entsprechende Maßnahmen gefordert werden. Er vertritt die Auffassung, dass eine Umsetzung hier sehr schwierig sei.

Er erklärt, diesem Änderungsantrag nicht zuzustimmen und kündigt die Einbringung eines eigenen Änderungsantrages an, welcher jedoch noch mit einigen Fraktionen abgestimmt werden soll.

Unter Bezugnahme auf den beschlossenen Masterplan Klimaschutz sieht er es als gut an, im Rahmen der Haushaltsberatung für das Folgejahr einen entsprechenden Maßnahmenplan zu beschließen und dessen Umsetzung zu kontrollieren.

Eingehend auf die kritischen Anmerkungen zum Wortwahl „Klimanotstand“ begründet Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, dass es hier darum gehe, Aufmerksamkeit für das Thema Klimaschutz zu erreichen. Insbesondere verweist er darauf, dass bereits in anderen Städten dieser Notstand ausgerufen wurde.

Er begrüßt die Aussage des Oberbürgermeisters hinsichtlich des Fortsetzens der Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Entwicklung von Ideen, was besser gemacht werden kann. Daraus nehme er mit, dass jetzt in regelmäßigen Abständen Drucksachen mit Ideen, wo Verbesserung vorgenommen werden können, vorgelegt werden.

Abschließend spricht er sich für eine Beschlussfassung zum Antrag aus und dafür, gemeinsam darauf zu achten, wie die Umsetzung erfolgt.

Der Oberbürgermeister informiert über das Vorhaben der Verwaltung, von den im Masterplan Klimaschutz enthaltenen Maßnahmen, diejenigen auszuwählen, die von der Stadt auch umgesetzt werden können und hierzu eine Einflussnahme der Stadt besteht.

Er kündigt die Vorlage entsprechender Ideen der Stadt an und merkt an, dass nur Maßnahmen beschlossen werden sollen, deren Umsetzung auch realistisch sei.

Stadträtin Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/future!, beantragt die Einzelabstimmung zum Antrag A0109/19.

In seinen Ausführungen erklärt auch Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, nicht mit der Wortwahl „Notstand“ einverstanden zu sein und hält die Bezeichnung „Deklaration“ für den besseren Ausdruck.

Ergänzend zum von Stadtrat Rösler angekündigten Änderungsantrag merkt er an, dass in diesem Nachhaltigkeit eine Rolle spielen wird.

Der Beigeordnete Herr Platz verweist auf die der Stellungnahme der Verwaltung beigefügte Anlagen, in denen die bestehende Beschlusslage sowie bereits abgearbeitete Projekte dargestellt sind.

Er legt seine Auffassung dar, dass hinsichtlich der Zielsetzung zur Erreichung der CO₂-Neutralität in der Stadt eine ernsthafte Diskussion geführt werden muss. In seinen Erläuterungen, welche Auswirkungen sich hieraus auf die Stadt ergeben können, benennt er den Anstieg von Emissionen durch den Autoverkehr in der Stadt sowie Auswirkungen durch Biovergärungsanlagen.

Er informiert über sein Angebot, im Ausschuss für Umwelt und Energie zu einzelnen Punkten des Masterplanes zu informieren und zu sehen, welche Punkte umsetzbar sind.

Stadträtin Dr. Hüskens, Fraktion CDU/FDP, legt ihre Auffassung dar, dass hinsichtlich Klimaschutz seitens des Landes und der Stadt bereits Vieles unternommen wurde. Sie unterbreitet den Vorschlag, den Begriff „Klimanotstand“ zu verändern und bittet darum, auf die Festsetzung von Jahreszielzahlen zu verzichten. Sie begründet, dass hiermit eine bestimmte Verbindlichkeit für die Umsetzung beschlossen wird.

Hierzu merkt der Oberbürgermeister an, dass bestimmte Kernzahlen, wie z.B. bei CO₂-Emissionen, in Deutschland bekannt sind. Wenn es geschafft wird, diese bekannten Zielstellungen umzusetzen, sei schon viel erreicht.

Im Ergebnis der geführten Diskussion stellt der Oberbürgermeister die vorliegenden Änderungsanträge zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0109/19/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/future! in seiner Sitzung am 19. 09. 2019 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0109/19/2 des Ausschusses StBV in seiner Sitzung am 19. 09. 2019 zu beschließen.

Gemäß Antrag der Stadträtin Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/future!, erfolgte die punktweise Abstimmung zum Antrag A0109/19

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den **Punkt 1** des Antrages A0109/19 in seiner Sitzung am 19. 09. 2019 nicht zu beschließen.

Eine Abstimmung zum **Punkt 2** des Antrages A0109/19 hat sich mit der Beschlussempfehlung zum Änderungsantrag A0109/19/2 des Ausschusses StBV erübrigt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den **Punkt 3** des Antrages A0109/19 in seiner Sitzung am 19. 09. 2019 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den **Punkt 4** des Antrages A0109/19 in seiner Sitzung am 19. 09. 2019 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den **Punkt 5** des Antrages A0109/19 in seiner Sitzung am 19. 09. 2019 zu beschließen.

7.4.3. Ausrufung des Klimanotstandes Vorlage: S0248/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7.5. Seniorenbeirat – Rederecht in Ausschüssen und im Stadtrat
Vorlage: A0131/19

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, verweist in seinen erläuternden Ausführungen zum Anliegen des Antrages auf die im Rahmen einer Klausurtagung dargelegten Probleme des Seniorenbeirates. Er legt seine Auffassung dar, dass es sehr wohl einen gewissen Spielraum

hinsichtlich der Einräumung eines Rederechtes gibt und dies auch nicht durch den Runderlass des Landesverwaltungs Ausschusses ausgeschlossen wird. So werde dieses Rederecht erteilt, wenn der Jahresbericht des Beirates vorgelegt wird.

Namens seiner Fraktion äußert er die Bitte, eine Einzelfallregelung zu finden, die es ermöglicht, das Rederecht zu Belangen, die der Beirat beraten hat, zu erlauben.

Der Beigeordnete Herr Platz merkt an, selbst Teilnehmer an der Klausurtagung gewesen zu sein und die Thematik intensiv mit dem Beirat besprochen zu haben. Hierbei wurde durch ihn klargestellt, dass selbstverständlich der Stadtrat im Einzelfall über das Rederecht beschließen kann.

Mit vorliegendem Antrag soll nunmehr beschlossen werden, dass das Rederecht dem Seniorenbeirat jederzeit eingeräumt wird. Damit würde dieser mit dem Stadtrat gleichgestellt, was jedoch rechtlich unzulässig ist.

Insbesondere merkt er an, dass es jedem Ausschuss freigestellt sei, den Beirat einzuladen, wenn ihn betreffende Themen zu diskutieren sind.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass es ein dem Stadtrat gleichgestelltes Rederecht nicht geben wird.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, verweist auf die hierzu im Ausschuss GeSo geführte Diskussion. Er legt seine persönliche Erfahrung dar, noch nie erlebt zu haben, dass der Seniorenbeirat im Ausschuss nicht angehört wurde.

Im Weiteren informiert er über seinen im Ausschuss GeSo unterbreiteten Vorschlag, einen den Beirat betreffenden ständigen Tagesordnungspunkt aufzunehmen. Dieser Vorschlag sei auf große Resonanz des Beirates gestoßen.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – future!, hält es für unproblematisch, über ein Rederecht durch die Ausschussvorsitzenden zu entscheiden. Er vertritt die Auffassung, dass dies aber auch in die Geschäftsordnung aufgenommen werden könne. Ggf. müsste eine entsprechende Änderung des Antrages erfolgen.

Mit dem Hinweis auf den im Ausschuss Juhi bereits existierenden ständigen Tagesordnungen „Bericht aus dem Stadtjugendring“ unterstützt Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, den entsprechenden Vorschlag des Stadtrates Hausmann.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, führt aus, dass es verschiedene Situationen gab, zu denen der Beirat nicht gehört wurde, jedoch könne ihre Fraktion die bestehende Rechtslage nachvollziehen. Im Ausschuss GeSo wurde dem Vorschlag gefolgt, den Antrag zunächst zurückzustellen, zu überarbeiten und zu einem späteren Zeitpunkt wieder einzubringen. Im Ergebnis der geführten Diskussion zieht sie den Antrag A0131/19 zurück.

7.5.1. Seniorenbeirat – Rederecht in Ausschüssen und im Stadtrat Vorlage: S0259/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Verschiedenes

8.1. Ausstattung Rathaus

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, kritisiert, dass bereits seit vier Wochen Möbelstücke im Bereich des Zugangs zur Besuchertribüne gelagert werden und hinterfragt den Zeitpunkt der Entsorgung.

Der Oberbürgermeister sagt zu, die Angelegenheit klären zu lassen.

8.2. E-Mail-Accounts

Von Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE; wird der kritische Hinweis gegeben, dass täglich auf ihrem mandatos-E-Mail-Account hunderte Spam-Mails eingehen. Dies sorgt für eine Einschränkung ihrer Arbeitsfähigkeit. Sie bittet um eine kurzfristige Lösung des Problems. Der Oberbürgermeister sagt zu, hierzu den erforderlichen Kontakt zur KID aufnehmen zu lassen.

8.3. Kinderbetreuung im Rathaus

Stadträtin Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/future!, thematisiert die Kinderbetreuung für Mitglieder des Stadtrates und führt aus, dass es durch fehlende Betreuungsmöglichkeiten zu Einschränkungen in der Fraktionsarbeit kommt.

Der Oberbürgermeister stellt hierzu klar, dass Mitglieder des Stadtrates zwar einen Anspruch auf Erstattung der zusätzlichen Kosten für Kinderbetreuung haben, für die Organisation dieser Betreuung jedoch die Stadt nicht verantwortlich sei. Durch das betreffende Stadtratsmitglied ist die Betreuung eigenständig zu organisieren, da es sich hier um eine Privatangelegenheit handelt. Der hierbei entstehende finanzielle Aufwand wird durch die Stadt erstattet.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, macht darauf aufmerksam, dass es dieses Verfahren bereits gibt und hierzu der Kontakt zum Dezernat V aufzunehmen ist.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, argumentiert, dass die Umsetzung dieses Verfahrens gerade für junge Familien problematisch sei. Sie sieht eine Unterstützung der Stadt hierbei als hilfreich an, da die Organisation zusätzlich Zeit kostet und mit einem hohen Aufwand verbunden ist.

Der Oberbürgermeister verdeutlicht, dass im Rathaus keine Kinderbetreuung organisiert wird.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, macht darauf aufmerksam, dass seines Wissens nach ein Betreuungsangebot eines Trägers vorliegt. Er äußert die Bitte, nachzufragen, wie hier der Sachstand ist und ob der Bedarf angepasst werden muss.

Der Oberbürgermeister bestätigt, dass es sich hier um eine Kindertagesstätte der Universität handelt und sich die Beigeordnete V der Angelegenheit annehmen wird.

Mit Verweis auf die Diskussion im Ausschuss FuG zu dieser Thematik bzgl. der Betreuung von Mitarbeitern des Theaters bestätigt Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/FDP, dass die Betreuung in der benannten Einrichtung erfolgt.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, sieht dies als Möglichkeit für eine Kinderbetreuung an. Sie verweist jedoch nochmals darauf, dass es sich um ein umfassendes organisatorisches Problem handelt und sieht die bestehende Lösung als nicht praktikabel an.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin